

SPD Thüringen

Parteitag, 18.11.2006, Bad Blankenburg

Rede des Vorsitzenden der SPD Thüringen

Christoph Matschie

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Redebeginn

Anrede,

2006 war ein gutes Jahr für die Thüringer Sozialdemokratie. Die SPD stellt acht von elf Oberbürgermeistern in Thüringen. Die CDU hat noch einen. Das ist ein Wendepunkt in der Thüringer Kommunalpolitik.

Glückwunsch an alle Oberbürgermeister. Glückwunsch an unsere Landräte - alle Amtsinhaber haben sich wieder durchgesetzt. Glückwunsch selbstverständlich an alle hauptamtlichen Bürgermeister.

In diesem Jahr haben wir die Rathäuser erobert. 2009 erobern wir die Staatskanzlei!

Wir sind stark in den Kommunen. An uns führt in den kommenden Jahren kein Weg vorbei. Daran ändern auch die Probleme in dem einen oder anderen Stadtrat nichts.

Wir haben die Wahlen im Mai gewonnen, weil wir zusammenstanden. Und eins sage ich allen, die danach hier und dort eigene Süppchen kochen wollten: Wir lassen uns nicht wieder auseinander bringen.

Und noch eine gute Nachricht: Während wir alle älter werden. Die SPD verjüngt sich. Dreiviertel derer die neu zu uns kommen, sind im Juso-Alter.

Die Thüringer SPD hat nach schwierigen Zeiten auch finanziell wieder Fuß gefasst. Unsere Mitarbeiter haben dazu einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet, und dafür bedanke ich mich auf diesem Parteitag ganz ausdrücklich.

Die dritte gute Nachricht. Unsere Fraktion im Landtag ist Spitze. Seit Beginn der Legislaturperiode haben wir die Tagesordnung im Landtag bestimmt. Wir haben die meisten eigenen Gesetzentwürfe vorgelegt. Wir haben die meisten eigenen Anträge eingebracht. Weder CDU noch PDS halten da mit uns mit.

Wir haben uns zusammengerauft. Wir haben Tritt gefasst. Jetzt marschieren wir vorweg. Brand- und Katastrophenschutz oder Rettungsdienstgesetz. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Informationsfreiheit, mehr Demokratie. Solide Finanzverwaltung. Egal auf welchem Feld. Wir treiben die Landesregierung. Wir sind eine starke Truppe.

Anrede,

wir diskutieren über unser Grundsatzprogramm. Das ist nicht neu. Neu ist, dass wir einen festen Zeitplan haben. Ende 2007 wollen wir unser Programm beschließen.

Manche fragen: Warum brauchen wir eigentlich ein neues Programm? Wir regieren doch. Wir entscheiden täglich. Pragmatisch den jeweils nächsten möglichen Kompromiss in der Großen Koalition zu suchen, reicht das nicht?

Ich sage: Das reicht nicht. Parteien müssen der Öffentlichkeit sagen, was ihre Ziele sind, an welchen Vorstellungen und Werten sie ihre tägliche Politik ausrichten. Und Parteien müssen sich selbst im Klaren sein, was sie wollen. Die Mitglieder müssen für die Politik einstehen können. Wenn das nicht funktioniert, dann droht der Niedergang. Die SPD hat das mit aller Konsequenz und mit allen Schmerzen in den letzten Jahren erlebt.

Die Agenda von Gerhard Schröder kam unvorbereitet in die Partei und in die Öffentlichkeit. Am Tag der Regierungserklärung standen alle mit offenen Mündern da. Weder die Analyse der Probleme noch die Alternativen zu ihrer Lösung waren in der SPD ausreichend diskutiert worden, geschweige denn in einer breiten Öffentlichkeit. Und so marschierte die SPD noch eine Weile den alten Weg weiter, während Gerhard Schröder längst auf einem neuen Kurs war. Das gab insgesamt kein überzeugendes Bild.

Eine ganze Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen und der Verlust der Mehrheit im Bund waren die Folge. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt über unsere Ziele und unseren politischen Weg diskutieren.

Wir beginnen die Debatte nicht am Punkt Null. Wir stehen in einer langen Tradition. Wir sind die SPD. Wir sind nicht die Konservativen, nicht die Grünen und auch nicht die PDS. Das muss erkennbar bleiben. Die SPD muss SPD bleiben!

Die SPD muss aber Antworten auf die heutige Situation geben. Antworten, die man ernst nehmen kann. Keine Wunschträume. Keine falschen Kompromisse. Klare, tragfähige Antworten. Wem soziale Gerechtigkeit am Herzen liegt, wer überzeugt ist, dass Demokratie mitmachen bedeutet, wer sich für eine friedliche Welt engagiert, der muss auf unsere Antworten vertrauen können. Der muss sagen können: Ja, das ist der richtige Weg. Das überzeugt mich. Das will ich unterstützen.

Wir dürfen nicht nur Abwehrschlachten führen. Wir müssen Ziele haben, für die es sich zu kämpfen lohnt. Wer keine Vorstellung davon hat, wie eine gute Zukunft zu gewinnen ist, der kann politisch keinen Blumentopf gewinnen.

Die SPD hatte immer, auch in schwierigsten Zeiten, eine Idee von einer guten Zukunft, eine Vorstellung wie unser Leben besser werden kann. Damit hat sie die gesellschaftliche Entwicklung über fast anderthalb Jahrhunderte ganz wesentlich geprägt.

Gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Teilhabe an den Entscheidungen in Politik und Wirtschaft. Freiheit und bessere Lebensbedingungen. Hinter diesen Zielen haben sich in allen Generationen Menschen versammelt. Dafür haben sie gestritten.

Der moderne Sozialstaat ist das Ergebnis dieser Entwicklung. Und er ist zugleich eine der größten kulturellen Leistungen der bisherigen Menschheitsgeschichte. Dafür zu kämpfen, dass dieser Sozialstaat weiterentwickelt wird, dass er auch in Zukunft Garant einer humanen Gesellschaft ist, das lohnt sich auch heute noch!

Hier in Thüringen läuft ein Ministerpräsident herum, der will den Sozialstaat loswerden. Was Generationen an sozialen Leistungen aufgebaut haben, erklärt er zum überflüssigen Ballast. Ein Bürgergeld für alle – so lautet seine einfache Antwort. So einfach wie die Steuerreform auf dem Bierdeckel von Merz. So einfach wie die Einheitssteuer von Herrn Prof. Kirchhoff. Und genauso schnell wie die anderen Einfach-Antworten wird auch das Althaus'sche Bürgergeld bald wieder von Bildfläche verschwinden.

Übrigens der gleiche Professor, der heute die Gutachten für Althaus schreibt, hat vor 20 Jahren als Referent der grünen Bundestagsfraktion mit dem Bürgergeld das Recht auf Faulheit unterstützt. Wir werden dafür sorgen, dass auch Herr Althaus mit der nächsten Wahl das Recht auf Faulheit kriegt! Ob er dann bereit ist, mit dem von ihm vorgeschlagenen Bürgergeld in den Ruhestand zu gehen – da bin ich gespannt.

Anrede,

im Zentrum unserer Debatte steht ein vorsorgender und aktivierender Sozialstaat. Wir wollen, dass der Staat dafür sorgt, dass jeder die bestmögliche Bildung bekommt. Das ist das Beste und Wichtigste, was wir für Menschen tun können. Und deshalb wollen wir einen Staat, der sich mehr um Kindergärten und gute Schule kümmert.

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das sehen wir in Thüringen. Statt in die frühe Bildung von Kindern zu investieren, kürzt die CDU den Kindergärten das Geld. Die Kinder sollen zu Hause bleiben und die Mütter sollen wieder hinter den Herd.

Gemeinsam mit dem Elternvolksbegehren werden wir diese Politik stoppen! Da kann die CDU gegen das Volksbegehren klagen, so viel sie will. Wir machen weiter! Jeder im Land soll es wissen: Für jede Erhöhung von Elternbeiträgen trägt Althaus die Verantwortung. Für jeden geschlossenen Kindergarten und jede entlassene Kindergärtnerin trägt Althaus die Verantwortung. Für jedes Kind, das keine ausreichende Frühförderung bekommt, trägt Althaus die Verantwortung.

Er ist nicht bereit, die Kürzungen zu stoppen. Er versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass das Volk selbst über diese Frage entscheidet. Die eigene Rechthaberei ist Althaus wichtiger als das Schicksal von Kindern und Eltern.

Ein Ministerpräsident, der so weit von den Menschen weg ist, sollte sich fragen, ob er seiner Aufgabe gewachsen ist. SPD Bürgermeister sind es, die für die Eltern in die Bresche springen. Sozialdemokraten versuchen, wo immer möglich, die Kürzungen der CDU durch Mittel aus den Kommunalhaushalten zu ersetzen.

Wir machen konkrete Politik für die Menschen. Das ist das Markenzeichen der SPD. Und das wird es auch bleiben!

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. So heißt es schon in der Bibel. Althaus hat den höchsten Schuldenanstieg unter den neuen Bundesländern zu verantworten. Thüringen hat mittlerweile mehr als 15 Mrd. € Landesschulden. Sie stiegen in den letzten Jahren schneller als in allen anderen Ländern. Auch in diesem Jahr hat die Thüringer Landesregierung die höchsten Schulden unter allen neuen Ländern eingeplant.

Die Folgen des CDU-Schuldenkurses sind drastisch: Jeden Tag zahlen wir inzwischen 2 Mio. € nur für den Schuldendienst. Das ist Geld, das an anderen Stellen verloren geht. Jeden Tag könnten wir damit eine Schule von Grund auf sanieren oder einen neuen Kindergarten bauen.

Blicken wir nach Sachsen. Die Ausgangslage war dort nicht grundsätzlich anders. Hätten wir in Thüringen eine sächsische Finanzsituation, stünden uns pro Jahr 370 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung.

Althaus kriegt in Thüringen nichts auf die Reihe. Er hat Angst davor, eine dringend notwendige Verwaltungs- und Gebietsreform in Angriff zu nehmen. Und ein solcher Mann versucht uns zu erzählen, er wäre in der Lage den Sozialstaat komplett umzukrempeln. Leute, ihr könnt es getrost vergessen: Althaus brauchte ein Ablenkungsmanöver, um seine triste Regierungsbilanz zu verstecken. Sonst nichts.

Anrede,

ich bin gegen die Abschaffung des Sozialstaates. Ich will einen aktivierenden Sozialstaat.

Wer lange arbeitslos ist, der braucht die besondere Unterstützung des Staates. Wir wollen ihn nicht – wie Althaus – mit einer Zahlung abfinden, sondern ihm helfen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Menschen wieder in Arbeit bringen – bei dieser Aufgabe müssen wir deutlich besser werden! Die Arbeitsmarktreform von Wolfgang Clement hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Weniger Bürokratie und Gängelei beim Arbeitslosengeld und mehr Engagement bei Beschäftigungsangeboten – das muss der Weg in die Zukunft sein!

Wir brauchen dringend eine Lösung für diejenigen, die kaum eine Chance haben, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Ihnen ist mit halbjährlichen Maßnahmen nicht geholfen. Für sie brauchen wir dauerhafte öffentliche Beschäftigungsmöglichkeiten in gemeinnützigen Bereichen.

Ich will einen Sozialstaat, der sich um Jugendliche kümmert, die keinen Schulabschluss oder keine Lehrstelle haben. Einen Staat der Angebote macht und junge Menschen fordert. Ich will einen Sozialstaat, der sich um gefährdete, misshandelte oder vernachlässigte Kinder kümmert. Ich will nicht, dass sie sich selbst und ihrem Schicksal überlassen bleiben. Das alles denunziert die Thüringer CDU als überflüssige Sozialbürokratie.

Wir haben zu Recht eine Debatte in Deutschland über Unterschichten. Man mag das Wort mögen oder nicht. Aber es gibt oben und unten. Und es gibt viele, die aus eigener Kraft nicht mehr hoch kommen. Für diese Menschen ist das Bürgergeld nur noch eine Stilllegungsprämie: „Ihr kriegt das Existenzminimum und das war’s“ – sagt die CDU.

Das ist nicht meine Vorstellung von einer humanen Gesellschaft. Eine solche Herangehensweise vertieft den Riss, der durch die Gesellschaft geht. Wir haben gerade im Osten viele, die keine Chance mehr haben, einen Job im ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

Diese Menschen brauchen mehr als die finanzielle Sicherung des Existenzminimums. Auch halbjährige Arbeitsgelegenheiten helfen ihnen nicht wirklich aus ihrer schwierigen Situation heraus.

Ich kenne solche Menschen – oft Frauen und Männer Mitte 50, die hundert Bewerbungen hinter sich haben. Auch in unseren Reihen kenne ich einige, die dieses schwere Schicksal schon zu spüren bekommen haben. Menschen die etwas für die Gesellschaft und für sich selbst leisten können und wollen, die aber keiner einstellt. Denen müssen wir langfristige öffentliche Beschäftigung ermöglichen, gemeinnützige Arbeit ohne halbjähriges Verfallsdatum.

Eine Chance auf Einkommen und Anerkennung. Ich erwarte von unserem Arbeitsminister in Berlin, dass er dazu zügig konkrete Vorschläge auf den Kabinetttisch legt.

Ich will einen Sozialstaat, der hilft Unterschiede zu überwinden, der hilft auch aus schwierigen Lebenssituationen wieder herauszufinden. Ich will einen Sozialstaat, der auch für eine zweite und dritte Chance sorgt.

Ich will einen schützenden Sozialstaat. Arbeitnehmer brauchen verbrieft Rechte. Nur so lassen sich die Marktwirtschaft humanisieren und der Kapitalismus zähmen. Mitbestimmung, Arbeitsschutz, Kündigungsschutz sind keine Relikte aus einem anderen Jahrhundert, sondern notwendige Regularien für eine weltoffene Wirtschaft.

Es ist eine zivilisatorische Leistung, Menschen nicht einfach den Kräften des Marktes zu überlassen, sondern Regeln zu haben, die Menschen und ihre Würde schützen. Eine vernünftige Balance zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern herzustellen ist keine Wirtschaftsblockade, sondern notwendiger Teil einer Gesellschaft, die den Menschen in seiner Würde ernst nimmt; einer Gesellschaft, in der der Mensch mehr ist als ein Rädchen im Wirtschaftssystem.

Das heißt für mich aber auch: Wo den Gewerkschaften die Kraft fehlt, ausreichende Regeln durchzusetzen, muss der Staat handeln. Wenn in Thüringen Stundenlöhne gezahlt werden, die zwischen 3 und 5 Euro liegen, dann kann man das nicht einfach Schulter zuckend zur Kenntnis nehmen. Menschliche Arbeit hat ihre Würde und sie hat ihren Preis. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss auch von seiner Hände Arbeit leben können!

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn! Wenn ein Wachmann rund um die Uhr seine Gesundheit riskiert, dann muss er am Ende mehr in der Tasche haben als 4,50 € die Stunde. Ja, es gehört zur Würde eines Menschen, dass er mit seinem Lohn die Familie ernähren kann.

Ich weiß wohl, wir leben nicht auf einer Insel. Wir stehen im harten Wettbewerb weltweit. Aber wer meint, deshalb dürfe der Staat keine Mindestlöhne festlegen, dem sage ich: Es geht. Es geht in Frankreich. Es geht in Großbritannien. Es geht in Holland. Warum soll es nicht in Deutschland gehen?

Und wenn der Thüringer Ministerpräsident den Mindestlohn verteufelt und stattdessen eine Ausweitung des Niedriglohnsektors fordert, dann heißt das nicht, dass der Mindestlohn schlecht ist, dann heißt das nur, dass Thüringen einen neuen Ministerpräsidenten braucht!

Und dann schwafelt der Thüringer Ministerpräsident vom Kombilohn. Der Staat soll die niedrigen Einkommen aufstocken. Guten Morgen, Herr Ministerpräsident. Das tut er doch schon längst. 1 Million Beschäftigte, können von ihrem Lohn nicht mehr leben und müssen als Aufstockung des ALG II beantragen.

Aber genau dieses ALG II findet die CDU sei zu hoch. Die Thüringer CDU war ja sogar gegen die Erhöhung des ALG Ost auf das Niveau von ALG West. Die Wahrheit ist: Die CDU drückt die Menschen mit niedrigen Einkommen und die Arbeitslosen immer tiefer in die Abwärtsspirale. So sieht die Wirklichkeit der CDU-Politik aus.

Die Debatte übers Bürgergeld hat eine einzige Funktion. Sie soll von der tatsächlichen Politik ablenken. Aber es wird der CDU damit gehen wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Das Bürgergeld – das sind Althaus' neue Kleider. Irgendwann wird allen klar. Dieser Althaus ist nackt.

Anrede,

wir diskutieren in unseren jeweiligen Grundsatzprogrammen auch über die Freiheit. Ja, Menschen wollen Freiheit. Sie wollen ihr Leben selbst gestalten können. Freiheit zu sichern ist ein hohes Gut. Und die meisten von uns wissen noch sehr gut, wie es sich anfühlt hinter Mauer und Stacheldraht.

Ohne Redefreiheit, ohne Versammlungsfreiheit, ohne Pressefreiheit, ohne freie Wahlen. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ein Kampf um diese Freiheiten. Sozialdemokraten standen für diese Freiheiten mit ihrem Leben ein. Vor wenigen Tagen haben wir an den Tag des Mauerfalls erinnert.

Und – man muss es den Kollegen von der schwarzen Fraktion gelegentlich ins Gedächtnis rufen – es war nicht die CDU, die die Mauer zum Einsturz brachte. Und Dieter Althaus war kein Widerstandskämpfer, sondern stellvertretender Schuldirektor im Schulsystem der DDR. Die Freiheit haben 1989 andere erkämpft.

Politische und individuelle Freiheit waren und sind für uns als Sozialdemokraten Kernbestandteil unserer Identität. Das bleiben sie auch in Zukunft!

Die Freiheit wahrzunehmen, ist aber nicht nur an allgemeine Rechte sondern auch an individuelle Voraussetzungen geknüpft. Und hier beginnt unsere Auseinandersetzung mit der CDU. Der Thüringer CDU-Vorsitzende sagt: Es gibt zu viel Gleichheit und zu wenig Freiheit. Er will, dass sich der Staat aus der Verantwortung zurückzieht.

Aber wächst die Freiheit von Familien, wenn der Staat weniger Geld für Kindergärten ausgibt?
Wächst die Freiheit von Arbeitslosen, wenn ihnen das Arbeitslosengeld gekürzt wird?
Wächst die Freiheit von Studierenden, wenn der Staat kein Bafög mehr zahlt?

Ich halte diese Freiheitsvorstellung der CDU für falsch. Der Staat muss sich nicht aus der sozialen Verantwortung zurückziehen. Im Gegenteil, in einer Welt, die immer stärker von Ungleichheit geprägt wird, muss der Staat zu gerechtem Ausgleich beitragen.

Der Staat muss individuelle Freiheit nicht nur rechtlich garantieren, er muss auch dafür sorgen, dass Menschen ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen können. Er muss für gleiche Bildungschancen sorgen. Und er muss auch für soziale Sicherheit und kulturelle Teilhabe sorgen.

Das ist unser Bild von Freiheit!

Anrede,

wer die letzten Wochen aufmerksam die Medien verfolgt hat, konnte feststellen, dass ein Thema immer stärker an Bedeutung gewinnt. Wie sichern wir die Energieversorgung der Zukunft? Wie verhindern wir eine Klimaveränderung mit drastischen wirtschaftlichen Folgen?

Politik muss die Verantwortung für heute und für morgen miteinander verbinden. Auch das gehört zu den Grundüberzeugungen der SPD.

Hierbei geht es aber nicht darum, die Heizung ein bisschen runter zu drehen und den Müll sauber zu trennen. Es geht um eine neue Wirtschaftsstrategie! Es geht um die Lebensfähigkeit unseres Planeten. Und es geht auch um die Arbeitsplätze von morgen.

Effizienter Umgang mit Energie, effizienter Umgang mit Ressourcen – das ist Industriestrategie und Umweltpolitik zugleich. Es ist heute klar: Öl, Gas, und Kohle sind begrenzt. Sie werden nicht wieder billiger. Sie werden teurer.

Wer die effizientesten Kraftwerke baut, wer die sparsamsten Fahrzeuge auf den Markt bringt, wer kostengünstig Sonnenenergie gewinnen kann – dem gehören die Märkte von Morgen, der schafft sichere Arbeitsplätze.

Wir sind in vielen dieser Bereiche heute führend. Das hat auch mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung zu tun. Wir wollen diese Position ausbauen: mit kluger Forschungspolitik, mit Investitionsanreizen, mit intelligenter Umweltpolitik.

Das ist eine offensive Politik für Wirtschaftswachstum und zukunftsfeste Arbeitsplätze. Eine Politik, die auf unsere Stärken setzt, statt im Lohnwettbewerb nach unten den Billiglohnländern hinterher zu laufen.

So muss ein kraftvolles Grundsatzprogramm aussehen. Ein klarer Blick für die Realität. Ziele für die es sich zu kämpfen lohnt.

Eine solche Politik wollen wir auch für Thüringen! Unser Land wird weit unter seinen Möglichkeiten regiert!

Der Ministerpräsident beschäftigt sich nur noch widerwillig mit Thüringer Sorgen und Problemen. Er möchte viel lieber mit einem Federstrich das deutsche Sozialsystem abschaffen. Die Steuerpolitik revolutionieren oder den ALG II-Empfängern zeigen, wo die Harke hängt. Je nachdem, welches Thema gerade angesagt ist.

In Thüringen laufen derweil die Schulden völlig aus dem Ruder.

In Thüringen warten wir vergeblich auf eine elternfreundliche Kindergartenfinanzierung.

In Thüringen geht die Kulturlandschaft langsam den Bach runter.

Durch diese Landesregierung wird eine dringend erforderliche Verwaltungs- und Gebietsreform verweigert und verschoben.

Inzwischen rufen alle Ah und Oh, wenn der Regierungssprecher auch nur andeutet, der Ministerpräsident könnte eventuell darüber nachgedacht haben, sich beim Thema Gemeindereform ein klitzekleines Stückchen zu bewegen.

Kraftvolle Politik sieht anders aus, Herr MP! Legen Sie die Ärmelschoner ab. Packen Sie die notwendige Verwaltungs- und Gebietsreform an. Wir sind ja gern bereit, Sie zum Jagen zu tragen, aber Jagen müssen Sie dann schon selbst. Für einen Ministerpräsident gibt es noch kein Recht auf Faulheit.

Anrede,

wir brauchen eine Vision für Thüringen, eine Vorstellung davon, wohin sich unser Land in den nächsten Jahren entwickeln soll. Wenn alle Parteien um die besten Ideen für Thüringen zu ringen, das wäre ein lohnender politischer Wettstreit.

Stattdessen rettet sich die CDU mit Ablenkungsmanövern über die Zeit. Und die PDS wollte auf dem letzten Parteitag krampfhaft schon jetzt den Wahlkampf eröffnen. Mitbekommen hat das niemand im Land. Beides ist nicht gut für Thüringen.

Ich rufe CDU und PDS zum Wettstreit auf. Lasst uns um die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes wetteifern. Lasst uns nach der besten Vision für unser Land suchen.

Thüringen ist jede Anstrengung wert! Thüringer Wissenschaftler, Unternehmer, Künstler, Ingenieure, Arbeiter und Handwerker haben in den letzten Jahren Enormes geleistet.

Oft versucht sich die Landesregierung mit diesen Erfolgen zu schmücken. Aber das meiste ist nicht wegen dieser Landesregierung gelungen, sondern trotz schlechter Politik der jetzigen CDU-Regierung. Trotz inkompetenter Wirtschaftsförderung. Trotz Kürzungen der Forschung. Trotz Verschuldungspolitik.

Ich will, dass Thüringen in zehn Jahren das Land mit dem modernsten Bildungssystem in Deutschland ist.

Wir fangen im Kindergarten an. Gute frühkindliche Bildung ist das Fundament.

Wir wollen die Schule für alle. Kinder sollen nicht nach der 4. Klasse getrennt werden. Aber dafür sollen sie besser individuell gefördert werden. Die Schule soll im Dorf bleiben, wo immer das geht.

Wir wollen starke selbstständige Hochschulen. Sie sollen ihre Entwicklung selbst in die Hand nehmen können. Dazu brauchen sie gutes Management. Aber klar bleibt für uns auch: Eine Hochschule ist mehr als ein Unternehmen. Sie ist ein Organismus, der auf das Engagement aller Beteiligten angewiesen ist.

Anrede,

ich will, dass wir Thüringen zum Land mit der modernsten Verwaltung und der besten Dienstleistung für Bürger und Unternehmen machen. SPD-regierte Kommunen machen vor, wie das geht.

Norbert Vornehm hat mit seinen Ideen für Gera Schlagzeilen gemacht. Verwaltung, die auch am Abend und am Samstag Service für die Bürger bietet. Das ist der richtige Weg.

Eine Verwaltungs- und Gebietsreform soll dafür sorgen, dass die Verwaltung effizient arbeitet und auch morgen noch bezahlbar ist.

Wir werden dabei nicht einfach andere Bundesländer kopieren. Wir wollen einen Thüringer Weg – mit Augenmaß und Vernunft. Deshalb haben wir eine Enquete-Kommission im Landtag durchgesetzt, die Vorschläge dazu erarbeiten soll.

Am Ende müssen starke Landkreise und handlungsfähige Gemeinden und Städte stehen. Hier muss der notwendige Service für Bürger und Unternehmen im Wesentlichen erbracht werden.

Die Landesverwaltung muss auf das unbedingt notwendige beschränkt und effizient organisiert werden.

Wir haben unsere Vorstellungen in den Landtag eingebracht. Ich fordere die CDU auf, endlich auch ihre Vorstellungen auf den Tisch zu legen.

Anrede,

ich will, dass Thüringen ein Platz für innovative Köpfe in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur ist. Ein Treffpunkt kreativer Geister in der Mitte Europas.

Dieser Landstrich hat Geistesgeschichte geprägt – Literatur, Musik, aber auch Wissenschafts- und Industriegeschichte.

Lasst uns daran anknüpfen. Mit weltoffenen Hochschulen. Mit einer einzigartigen kulturellen Landschaft. Mit Raum für Kreativität und neue Ideen.

Die heutige Landesregierung zerstört die Kulturlandschaft.
Sie knebelt die Hochschulen.

Und statt Kreativität fördert der Ministerpräsident den Kreationismus - eine religiös fundamentalistische Bewegung. Althaus gegen Darwin. Mit diesem Schwachsinn macht der Ministerpräsident das ganze Land zum Affen. Solche Politik muss endlich ein Ende haben.

Anrede,

ich will, dass Thüringen ein guter Platz für ältere Menschen ist. Wir haben überschaubare und lebenswerte Städte. Wir haben kulturellen Reichtum. Das sind gute Voraussetzungen für ein aktives Alter.

Das Engagement der Älteren für die Gesellschaft ist von unschätzbarem Wert. Wir wollen dafür mehr Möglichkeiten schaffen. Und wir wollen ein reges Vereinsleben unterstützen. Ältere Menschen brauchen Wohnbedingungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Kurze Wege zum Einkauf oder zum Arzt sind dabei genauso wichtig wie öffentliche Sicherheit und gute Nachbarschaft.

Das muss eine zentrale Aufgabe für zukünftige Stadtentwicklung werden! Wo Ältere und Jüngere in guter Nachbarschaft zusammen wohnen, sind Ältere seltener einsam und Familien mit Kindern können Entlastung und Hilfe erfahren. Solches Generationen übergreifendes Zusammenwohnen wollen wir aktiv fördern.

Die CDU-Landesregierung hat die Älteren nur als Kandidaten fürs Pflegeheim im Blick.

Den Seniorenbüros wurde das Geld zusammengestrichen. Von 21 sind in Thüringen noch 11 Seniorenbüros übrig geblieben. Der Landesseniorenvertretung ergeht es nicht besser. Auch hier kürzt das Land die Mittel.

Wir werden nicht zusehen, wie Ältere in unserer Gesellschaft immer mehr an den Rand gedrängt werden. Wir wollen, dass die Interessen der Älteren bei politischen Entscheidungen mehr Aufmerksamkeit finden.

Wir wollen, dass Ältere, wo immer es geht, in den eigenen vier Wänden leben können. Das Pflegeheim ist nicht der Normalfall, es muss der Ausnahmefall bleiben.

Anrede,

ich will, dass Thüringen ein Land ist, das Menschen anzieht, die Erlebnis und Erholung suchen. Mit unserer reichen Kultur und den wunderschönen Landschaften müssen wir endlich professionell werben.

Tourismus ist eine weltweit boomende Branche. Aber Dank einer unfähigen Landesregierung steht Thüringen bei dieser Entwicklung abseits.

Trotz Fußball-WM gehen die Zahlen auch in diesem Jahr wieder zurück. Allein im Thüringer Wald sind die Übernachtungen um sieben Prozent eingebrochen [Januar bis August 2006].

Das darf nicht so bleiben! Wir brauchen endlich eine Landesregierung, die Tourismusförderung als Wirtschaftsförderung begreift und nicht als Randthema behandelt.

Tourismus schafft Arbeit und Einkommen. Sozialdemokraten machen vor, wie es gehen kann. Mit dem Einsatz für den Nationalpark Hainich und den Baumkronenpfad. Mit dem Deutsch-Französischen Jahr in Jena. Oder dem Bundestrachtentag in Gotha.

Anrede,

ich will, dass Thüringen ein Land ist, in dem für Rechtsextremismus kein Platz ist, weil Menschen aus allen Bereichen, dem Rechtsextremismus konsequent entgegen treten. Und ich will, dass sie dabei von ihrer Landesregierung aktiv und tatkräftig unterstützt werden.

Wir brauchen eine Null-Toleranz-Strategie gegen Rechtsextremismus! Kein Wegsehen. Kein Weghören. Kein Bagatellisieren. Wir brauchen entschiedenes Eintreten für die Demokratie! In der Schule. Im Verein. Unter Arbeitskollegen.

Die CDU verwaltet dieses Land. Wir wollen das Land führen! Wir wollen Engagement und Ideen der Bürger nutzen! Wir wollen Perspektiven entwickeln. Visionen für das Thüringen von morgen! Die CDU ist ausgebrannt.

Der Ministerpräsident versucht sich über die Zeit zu retten. Aber das Land braucht Ideen, Impulse und Entscheidungen! Wir haben 2009 im Blick und wir bereiten uns vor. Wer mit uns regieren will, muss bereit sein, die wesentlichen Vorstellungen der Thüringer SPD mit uns gemeinsam umzusetzen.

Eine Regierung der lauen Kompromisse wird es mit uns nicht geben. Dazu ist die Situation des Landes zu ernst. Das gilt für alle denkbaren Regierungspartner.

Und damit das in aller Deutlichkeit klar ist: So wie die CDU Politik im Land macht, ist sie kein Partner für uns.

Viele unserer Vorstellungen von Kindergartenfinanzierung über bessere Schulpolitik bis hin zur Notwendigkeit einer Verwaltungs- und Gebietsreform werden inzwischen von der PDS geteilt. Das ist eine Basis für gemeinsames Handeln – auch heute schon.

Aber eines sei ganz klar in Richtung PDS gesagt. Eine Partei, die Regierungsverantwortung übernehmen will, muss sich den finanziellen Realitäten im Land stellen. Eine Politik von Wunsch und Wolke treibt Thüringen in den Ruin. Eine Politik der Realitätsverweigerung ist mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

Deshalb setzen wir auf unsere eigene Stärke. Wir gehen unseren eigenen Weg. Wir verlassen uns auf uns. Auf keinen anderen.

Anrede,

die SPD ist in den Thüringer Kommunen in Regierungsverantwortung. Wir tragen mit unseren Abgeordneten Verantwortung im Bund.

Es ist Verantwortung für Menschen, für ihre Möglichkeiten, für Chancen und Schicksale.

Das ist nicht immer leicht. Aber wir laufen nicht davon, wenn es schwierig wird. Wir flüchten nicht in Utopien, wir gaukeln den Menschen nichts vor. Wir haben Ideen, die in die Zukunft reichen.

Wir wollen das Leben besser machen. Wir finden uns nicht ab mit Armut. Wir finden uns nicht ab mit Hoffnungslosigkeit. Wir finden uns nicht ab mit der Zerstörung der Umwelt.

Politik ist etwas für mutige, engagierte Menschen.

Es gibt viele davon in unserem Land.

Ich möchte sie dafür gewinnen, mit uns gemeinsam für eine gute, eine menschliche Zukunft zu kämpfen. Das ist ein lohnendes Ziel.

Lasst uns engagiert und konzentriert an die Arbeit gehen.

Thüringen braucht einen neuen Aufbruch. Thüringen braucht uns. Eine starke, eine geschlossene SPD.